



SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag

Pressemitteilung Nr. 16-109  
vom 22.003.11

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Telefon 0511/3030-4011/13  
Fax 0511/3030-4808  
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de  
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

## **Atomdebatte: McAllister führt politische Springprozes- sion auf**

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Schostok, hat das Ergebnis des zweiten Atomgesprächs im Bundeskanzleramt nach der Reaktorkatastrophe in Japan als enttäuschend bezeichnet. „Anstatt entscheidungsfreudig und kraftvoll den in der Vorwoche eingeschlagenen Weg weiterzugehen, wird jetzt der Rückzug angetreten. Das Einsetzen einer Ethik-Kommission zur Frage, ob die Risiken der Atomkraft moralisch überhaupt vertretbar sind, ist vor dem Hintergrund der qualmender Reaktorruinen von Fukushima überflüssig. Bundeskanzlerin Merkel spielt auf Zeit und versucht, das Thema Atomkraft aus der breiten Öffentlichkeit in überschaubare Gesprächszirkel zu bugsieren. Das ist eine große Enttäuschung“, sagte Schostok am Dienstag in Hannover.

Verwundert äußerte sich der SPD-Fraktionschef über die Rolle, die Niedersachsens Ministerpräsident McAllister bei dem Atomgespräch spielte. „In der vergangenen Woche hatte McAllister noch angekündigt, er werde die Themen Endlagerung und Erneuerbare Energien in die Debatte einführen. Nichts davon ist ihm gelungen“, stellte Schostok fest. Noch am Montag habe McAllister gegenüber Journalisten den Eindruck vermittelt, er nehme sich nun des Problemfalls Gorleben an. „Eine ehrliche Frage nach der Sicherheit eines zukünftigen Endlagers in Gorleben kann nur eine Antwort ergeben: Erkundung abbrechen und das Abenteuer beenden“, sagte Schostok. Doch zu diesem Schritt und der sich daraus ergebenden Forderung nach dem sofortigen Beginn einer ergebnisoffenen Endlagersuche in Deutschland habe sich McAllister nicht durchringen können. „Ein Schritt vor und zwei zurück. Das, was McAl-

lister gerade vorführt, nennt man eine politische Springprozeßion“, so Schostok.

Er forderte den Ministerpräsidenten auf, eine Bundesratsinitiative über die endgültige Abschaltung der sieben deutschen Atomreaktoren vorzulegen, die aufgrund des sogenannten Moratoriums für drei Monate vom Netz genommen worden sind. Schostok: „Außerdem erwarte ich von dieser Landesregierung mehr Engagement bei der Förderung der Erneuerbaren Energien und ein klares Bekenntnis gegen ein atomares Endlager in Gorleben. Wer die Sorge um die Sicherheit von Atomanlagen im Munde führt, kann dieses Projekt nicht länger unterstützen.“